

Inhalt

Nr. 7
November 2006

Seite 2
Kantonsratswahlen 2007

Seite 3
Editorial/Quer

Seiten 4 - 7
**Die Hochschulpolitik
der SP Schweiz**

Seite 8
**Neun SP Thesen
zur Hochschulpolitik**

Seite 9
**Regierungsrätin Regine Aeppli:
Zürcher Hochschulen 2015**

Seiten 10 - 11
**"Arbeitslosigkeit sichtbar
machen", eine Ausstellung
im GZ Riesbach**

Seite 12
**Abstimmungsempfehlungen/
Agenda**



Kantonsratswahlen 2007

Nomination der Kandidatinnen und Kandidaten

An der Versammlung der SP 7 und der SP 8 vom 9. November 2006 haben die Mitglieder die Liste für die Kantonsratswahlen vom 15. April 2007 verabschiedet.

Folgende Kandidatinnen und Kandidaten wurden einstimmig nominiert: (Die Kandidatenporträts werden in der Dezember Ausgabe des Info 7'8 veröffentlicht).

1. Raphael Golta, lic. phil., 1975, (bisher)
2. Katrin Susanne Meier, Primarlehrerin, 1968
3. Sarah Müller, Fachfrau für Marketing und Kommunikation, 1973
4. Martin Sarbach, Dr. iur. Rechtsanwalt, 1971
5. Stephanie Giger-Reich, Lehrerin für Bildnerisches Gestalten, 1953
6. Micha Sennhauser, Geigenbauer, Maturand, 1980
7. Regula Enderlin Cavigelli, Dr. phil., 1964

Editorial

Liebe Genossinnen und Genossen

Am 17. September des letzten Jahres verabschiedete die Delegiertenversammlung der SP Schweiz das jüngste hochschulpolitische Positionspapier unserer Partei. Unter dem Titel „**Mehr Qualität, Chancengleichheit und Effektivität**“ fordert das Papier unter anderem eine Verbesserung gleicher Zugangschancen zur Hochschulbildung und einen Verzicht auf jede Erhöhung der Studiengebühren (und an einer Stelle gar deren Abschaffung). Es wird verlangt, dass die Finanzierung unserer Hochschulen öffentlich bleiben und nicht der Wirtschaft überlassen werden soll. Schliesslich ergeht der Ruf nach einer geographischen Konzentration gewisser Studiengänge, aber auch nach der Förderung wissenschaftlicher Exzellenz in ausgewählten Bereichen, jedoch ohne eine Elite auf Kosten der Allgemeinheit zu bevorzugen.

Ein anspruchsvolles und in vielen Punkten ein sicherlich richtiges Programm. **Und doch vermag mich dieses Positionspapier nicht richtig zu befriedigen:** Die Hochschullandschaft befindet sich, das sieht das Programm richtig, in einem steten Wandel. Sie internationalisiert sich, und sie sieht sich auch im Inland neuen notwendigen Reformen gegenüber. Der Luxus an der Situation: Es scheint, auch auf bürgerlicher Seite, keine ernst zu nehmende politische Kraft im Land zu geben, die nicht an Reformen und Verbesserungen interessiert ist. **Es scheint also alles in allem ein konstruktives Klima zu herrschen.** In einer solchen Situation sollte ein Positionspapier in meinen Augen konkretere Vorschläge machen, statt sich auf Forderungen zu beschränken: Natürlich bestreitet niemand das Ideal der öffentlichen Finanzierung. Aber woher soll dieses etwa in der Medizin umgesetzt werden, wo die Kosten stetig steigen und wo bereits jetzt mehr privatwirtschaftliche Gelder in die Forschung fliessen? In der Tat scheint die Konzentration einzelner Studienfächer aus pädagogisch-didaktischen und aus ökonomischen Überlegungen sinnvoll. Aber wer soll diese Prozesse anleiten und nach welchen Kriterien?

Mein Wunsch an die hochschulpolitischen Äusserungen der SP ist einfach: **Begnügen wir uns – auch hier! – nicht mit plakativen Forderungen.** Und nutzen wir die Gelegenheit zum Gespräch und zur Auseinandersetzung mit denjenigen, die in der politischen Arbeit und in den täglichen Entscheidungen unsere Hochschullandschaft planen und gestalten.

Jean-Daniel Strub, SP8

quer

Der Stadtrat hat alle Einsprachen gegen das Verkehrsregime am Kreuzplatz abgewiesen. Beim Regierungsrat wurde ein Rekurs gegen den Entscheid des Stadtrates eingereicht. Wann mit dem Umbau begonnen wird ist deshalb noch offen, jedoch nicht vor 2008. (Tages-Anzeiger im November 2006.)

quer

Die Verkehrsbetriebe der Stadt Zürich VBZ planen bis Ende 2007 49 Haltestellen mit Fahrgastanzeigen auszurüsten. Darunter sind folgende: Klusplatz, Kreuzplatz, Hegibachplatz und Balgrist. Die Bedingung ist jedoch, dass an den Haltestellen bereits ein Lautsprecher-system für Durchsagen vorhanden ist. (Stadt Zürich, Abteilung Verkehr November 06)

quer

Die Hochschulpolitik der SP Schweiz

Auszüge aus dem Positionspapier

A. Die Schweiz braucht eine kohärente Politik für den ganzen Bildungsraum Schweiz

In einer zukunftsorientierten demokratischen Gesellschaft kommt der Bildung eine ausserordentlich hohe Bedeutung für die Weiterentwicklung aller Lebensbereiche zu. Sie hat für die soziale Integration eine ebenso herausragende Bedeutung wie für die demokratische Kultur und die wirtschaftliche Prosperität. Der breiten Förderung und gerechten Verteilung dieses Schlüsselgutes muss Sorge getragen werden. Die heutigen Strukturen im schweizerischen Bildungswesen stammen im Wesentlichen aus dem 19. Jahrhundert: Bildungspolitik wird vorwiegend in den 26 Kantonen und 2'800 Gemeinden gemacht und bezahlt. Der Bund führt die Eidgenössischen Technischen Hochschulen, bestimmt den Rahmen der Berufsbildung und der Fachhochschulen und finanziert rund die Hälfte der öffentlichen Bildungs- und Forschungsausgaben. Mit dieser Rollenteilung ist die Schweiz lange Zeit gut gefahren. Seit dem 20. Jahrhundert aber hat die Bildungs- und Forschungswelt gewaltige Veränderungen erfahren. Die kantonalen Bildungssysteme wurden und werden in einer zunehmenden Kadenz reformiert. Der Bildungsbereich entwickelt sich in hohem Tempo weiter und ist der internationalen Konkurrenz ausgesetzt.

Mehr denn je braucht es deshalb eine Gesamtsicht und eine Gesamtsteuerung des hoch komplexen Bildungsraums Schweiz. Die heutigen Strukturen der Bildungspolitik sind nicht mehr zukunftstauglich.

B. Die Hochschullandschaft Schweiz ist Teil des europäischen Bildungsraums und Vorläuferin der kommenden Bildungslandschaft Schweiz

Die von Bund und Kantonen vor allem im Hochschulwesen, dann aber auch im ganzen Bildungswesen angeschlagene Reformgeschwindigkeit ist weniger ein Ergebnis eingehender Analysen oder abgestützter Meinungsbildungsprozesse im eigenen Lande. Vielmehr sind die bei uns angestrebte Hochschullandschaft Schweiz und auch die von den Eidgenössischen Räten und der EDK vorangetriebene Harmonisierung des gesamten schweizerischen Bildungswesens weitgehend den wachsenden äusseren Kräften der internationalen Vernetzung, Koordination und Kooperation zuzuschreiben. Vor allem die Europäische Union hat in den letzten Jahren die strategische Bedeutung eines international koordinierten Ausbildungs- und Bildungswesens für das Gedeihen eines Wirtschaftsraumes neu erkannt. In der EU wachsen die nationalen Hochschul- und seit kurzem auch die Berufsbildungsbereiche als beschäftigungsnahe Schrittmacher immer

mehr zu einem kohärenten europäischen Bildungs- und Ausbildungsraum zusammen.

Im Hochschulwesen etwa mit den Meilensteinen:

- Magna Charta Universitatum (Bologna) mit Grundsätzen der Autonomie und Wandels, 1988
- Sorbonne-Deklaration (Paris) mit dem Ziel eines europäischen Hochschulraums, 1998
- Bologna-Deklaration mit der Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen, 1999
- Nachfolgekonferenzen mit Berichterstattungen zu „Bologna“: Prag 2001, Berlin 2003 und Bergen 2005

Im Berufsbildungsbereich mit der:

- Kopenhagen-Deklaration zur europäischen Berufsbildung 2000.

Mit den Schlussfolgerungen des Europäischen Rates von Lissabon 2000 (Beschäftigungs- und Bildungsgipfel mit Lissabon-Strategie) strebt die EU bis zum Jahr 2010 den "wettbewerbsfähigsten und dynamischsten wissensbasierten Wirtschaftsraum der Welt" an. Das hat grosse Konsequenzen für das europäische Bildungswesen und bedingt eine Revision der ursprünglichen Zuständigkeitskonzeption der EU. Denn lange

Zeit hat die EU ohne gemeinsame Vorgaben den einzelnen Mitgliedsnationen weitgehend die Ausgestaltung der nationalen Bildungswesen überlassen. Nach „Lissabon“ ist innerhalb der EU ein intensiverer Kooperationsprozess unter den nationalen Bildungssystemen lanciert worden. Entsprechend haben die BildungsministerInnen der EU-Länder gemeinsame strategische Ziele und ein verpflichtendes Arbeitsprogramm für die allgemeine und berufliche Bildung verabschiedet. Europaweit soll damit ein qualitativ hochstehender Bildungsraum Realität werden. Mit vergleichbaren nationalen und europäischen Referenzrahmen für die Qualifikationen, einem Forum für den internationalen Informationsaustausch der Best Practices, der Erarbeitung von gemeinsamen Instrumenten, koordinierten Impulsen für nationale Bildungspolitiken und – nicht zuletzt – mit regelmässigen Berichterstattungen des EU-Ministerrats und der EU-Kommission.

Auch wenn die Schweiz in Bildungsfragen bisher nur partiell mit der EU zusammenarbeitet: Die zunehmenden internationalen Vernetzungen und Harmonisierungen haben – vorerst vor allem auf den beschäftigungsnahen Bildungsstufen (Hochschulen, Berufsbildung)

– binnen-schweizerisch tief greifende Konsequenzen: Die Schaffung einer national gesteuerten Hochschullandschaft Schweiz wird über kurz oder lang zu einer umfassenderen Bildungslandschaft Schweiz führen. Wenn auch mit föderalistischen Kompromissen und auf typisch helvetischen Umwegen.

C. Ziele für einen Hochschulraum Schweiz von morgen: Qualität, Chancengleichheit, Effektivität

Hochschulreform ist ein umfassender Begriff, welcher innere Reformen an den Hochschulen (Studienreform etc.) ebenso umfasst wie die strukturelle Reform der Hochschullandschaft auf gesamtschweizerischer Ebene. Die Hochschulbildung und ihre entsprechenden Institutionen sind trotz ihrer zunehmenden Internationalisierung als integrierter und mitverantwortlicher Teil des umfassenden Schweizer Bildungssystems zu erkennen. In diesem Sinne muss sie als Teil des Bildungsangebots einen Beitrag zu einer sozial und ökologisch verantwortlichen Gesellschaft und zur Lösung der Zukunftsprobleme leisten. Das an den Hochschulen generierte Wissen muss in die Gesellschaft diffundieren. Die Hochschulen müssen sich den gesellschaftlichen Auseinandersetzungen stellen, namentlich dort, wo ihre Forschungen an ethische Grenzen stossen. Deshalb ist die Erforschung der Folgenabschätzung wissen-

schaftlicher und technischer Entwicklung so wichtig. Im Weiteren sind Hochschulbildung und -forschung eine wesentliche Grundlage für die Wohlfahrt der Schweiz. Es sind Investitionen in die Zukunft. Die Hochschulen leisten einen wesentlichen Beitrag an die Innovationskraft der Schweizer Wirtschaft. Eine gute Bildungspolitik ist die beste Wirtschaftspolitik – und viel nachhaltiger und wirksamer als Steuergeschenke an Manager und Aktionäre. Es braucht eine enge Zusammenarbeit und einen funktionierenden Wissenstransfer zwischen Hochschulen und Wirtschaft. Gleichzeitig müssen die öffentlichen Hochschulen jede Abhängigkeit von einzelnen Firmen und der Privatwirtschaft als Ganzes vermeiden: Die Freiheit von Lehre und Forschung muss vor Eingriffen der Wirtschaft geschützt werden. So verständlich die Autonomieforderung der Hochschulen gegenüber einer vereinnahmenden Politik sind, so sehr müssten sie sich gegenüber den wachsenden wirtschaftlichen Vereinnahmungsversuchen von Firmen, Branchen, Verbänden und Think Tanks mit ihren Partikularinteressen zur Wehr setzen. Die Hochschulen erreichen ihre Ziele, indem sie einerseits die von unserem Land benötigten Fachkräfte ausbilden (qualitativ hochstehende Grundversorgung) und in ausgewählten Bereichen

internationale Exzellenz (Ausbildung von Spitzenkräften, Spitzenforschung) anstreben. Die SP Schweiz hat sich im März 2001 im Rahmen ihrer 12 Bildungsthesen auch in der Hochschulpolitik positioniert:

- Bekenntnis zu einer Autonomie der Hochschulen, die den gesellschaftlichen Bedürfnissen – demokratisch durch die Politik definiert – verpflichtet bleiben muss;
- Forderung nach Studienreformen im Innern sowie Netzwerk- und Schwerpunktbildung zwischen den Hochschulen;
- Ablehnung einer Privatisierung und einer zunehmenden Abhängigkeit von Privatunternehmen;
- Wirkungsvolle Stipendien zur Verminderung der sozialen Chancenungleichheiten.

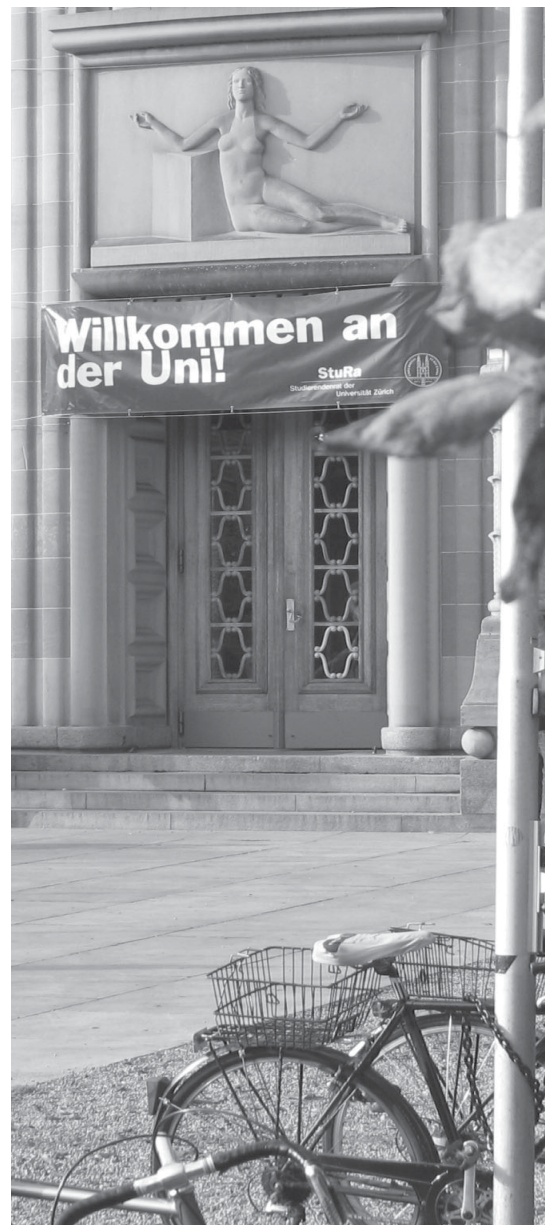
Mittlerweile sind einige dieser Forderungen verwirklicht oder im Gang und die Diskussion um eine Strukturreform in der Hochschullandschaft ist, nicht zuletzt wegen der parlamentarischen Arbeit der SP, konkretisiert. Die Parlamentarische Initiative von Ständerat Gian-Reto Plattner, SP BS, wurde zum Anlass, im Rahmen der neuen Verfassung auch die Koordination im Hochschulraum Schweiz neu zu regeln. Der Entwurf der

zuständigen Kommission des Nationalrats sieht vor:

- Eine gemeinsame Koordinationspflicht von Bund und Kantonen.
- Die verfassungsmässige Gleichstellung aller Hochschulen (Universitäten, Fachhochschulen), wobei die Stellung der Pädagogischen Hochschulen noch wenig klar scheint.
- Die Rücksichtnahme auf die Autonomie der Hochschulen.
- Den Abschluss von Verträgen zwischen Bund und Kantonen sowie die Bildung gemeinsamer Organe – vorgesehen ist eine Schweizerische Hochschulkonferenz der Trägerschaften mit weit reichenden Zuständigkeiten und einer deutlichen Mehrheit der Kantonsvertretungen.
- Eine subsidiäre Bundeskompetenz in bestimmten Bereichen für den Fall, dass die gemeinsame Koordination die gesteckten Ziele nicht erreicht.

D. Auch Hochschulbildungspolitik ist Gesellschaftspolitik.

Bildung ist ein öffentliches Gut: Die Finanzierung ist Aufgabe des Staates. Die Regelung des Zugangs ist in staatlicher Verantwortung, und die universitären Hochschulen (kantonale Universitäten und ETHs) müssen die Matura als genügendes Zulassungskriterium anerkennen. Die Universitäten



sind autonom von Einflüssen der Wirtschaft auf die Forschungs- und Lehrinhalte. **Bildung für alle:** Der Zugang zu Hochschulen muss gemäss Neigung und Fähigkeiten allen offenstehen. Dazu benötigen wir endlich ein Stipendiensystem, welches auch den Namen verdient, eine



klare Position der SP zur Abschaffung der Studiengebühren und eine klare Haltung gegen Darlehen. In Anbetracht dessen, dass der Grossteil der Schweizer Studierenden Teilzeit arbeitet, muss die SP dafür kämpfen, dass der Zugang zur Hochschulbildung endlich für alle Gesellschaftsschichten

gewährt ist. Es muss eine Selbstverständlichkeit für die SP sein, dass sie grundsätzlich alle Massnahmen unterstützt, die die Gleichstellung von Frauen an den Universitäten auch tatsächlich umsetzen.

Hochschulpolitik ist Gesellschaftspolitik: Es muss ein Grundanliegen der SP sein, sich in der Hochschulpolitik stark zu positionieren und einzusetzen – Hochschulpolitik ist immer ein Ausdruck der herrschenden Ideen zur Chancengleichheit. Überlässt man die Hochschulpolitik und die Definitionsmacht der Begriffe den Bürgerlichen, dann zementiert man damit das bestehende Gesellschaftssystem, und eine Chancengleichheit im linken Sinne wird komplett verunmöglicht. Ausserdem haben die Forschung, die an Hochschulen betrieben wird, und die dadurch entstehenden Arbeitsplätze einen wichtigen Einfluss auf die Gesellschaft und die Regionalpolitik. Ergebnisse aus der Forschung können das Leben verändern: Informatik, Gentechnik oder Atomenergie. Für eine Region ist es eine existenzielle Frage, ob es eine Universität gibt oder nicht: Hochschulen kosten nicht nur, sie schaffen auch Arbeitsplätze und prägen eine Region.

Öffentliche Universitäten sind keine Privatuniversitäten: Weder die Universität Fribourg noch die ETH können mit der Privatuniversität Harvard um die teuersten (und bekanntesten) ProfessorInnen konkurrieren.

Das sollen sie auch nicht. Als öffentliche Universitäten haben sie den Auftrag, eine exzellente Bildung für alle Studierenden anzubieten. Aussergewöhnliche Studierende und ProfessorInnen wird es auch in der Schweiz immer geben – das Ziel der SP muss es aber in erster Linie sein, die internationale Konkurrenz mit Eliten-Hochschulen für die breite Masse herauszufordern. Ein sozialdemokratisches Weltbild verbietet die Förderung von Eliten auf Kosten der Allgemeinheit. Wir müssen selbstbewusst genug sein, dass wir unsere eigenen Anforderungen an Hochschulen stellen. Ein zweifelhaftes Rankingsystem soll keine Auswirkungen darauf haben, was wir als gute Hochschulen betrachten. Gute Studien- und Forschungsbedingungen sprechen für sich.

Das ganze Positionspapier, verabschiedet an der DV der SP Schweiz vom 17. September 2005, kann über Internet unter www.sp.ch (Positionspapiere) als pdf-Datei eingesehen werden.

Neun Thesen der SP Schweiz zur Hochschulpolitik

1: Die Aufgabe der Hochschulen besteht in der beständigen Verbesserung ihrer Leistungen. Die Studienbedingungen müssen verbessert und die Mobilität muss erleichtert werden.

2: Die Bildung von Schwerpunkten (Konzentration der Kompetenzen) und Clustern ist ein Beitrag zu einer höheren Qualität: sie ermöglichen höhere Leistungen für die Lehre und für die Forschung.

3: Vielfalt und Autonomie der Hochschulen müssen – innerhalb des demokratisch festgelegten Rahmens – gewährleistet sein. Die Demokratisierung der Hochschulen gegen aussen und innen muss ausgebaut werden. Die Gleichartigkeit, aber Andersartigkeit der Fachhochschulen gegenüber den universitären Hochschulen ist ein Trumpf des schweizerischen Bildungssystems und soll erhalten bleiben. In den Finanzierungsgrundsätzen sind alle öffentlichen Hochschulen gleich zu behandeln.

4: Die Chancengleichheit in der Hochschulbildung muss entschieden verbessert werden. Die Hochschulreform und die Reform der sozialen Rahmenbedingungen (z.B. Stipendien) können nicht isoliert angegangen werden. Es braucht mehr Stipendien und ein einheitliches, eidgenössisch koordiniertes Stipendiensystem.

5: Eine Erhöhung der Studiengebühren kommt nicht in Frage.

6: Geschlechtsspezifische Hindernisse für akademische Karrieren sind zu beseitigen.

7: Ziel der Reform des Hochschulsystems muss die Stärkung der schweizweiten Steuerung sein. Zu diesem Zweck braucht es eine verbindlichere und demokratisch legitimierte landesweite Koordination zwischen den Hochschulen.

8: Die Effektivität des finanziellen Mitteleinsatzes muss erhöht werden.

9: Wir brauchen mehr Investitionen in Bildung und Forschung als Motor für eine gerechtere Gesellschaft und für ein nachhaltiges Wirtschaftswachstum. Budgetkürzungen sind Gift für die wirtschaftliche Entwicklung der Schweiz.

Zürcher Hochschulen 2015

Regierungsrätin Regine Aeppli, Bildungsdirektorin

Zürich ist ein wichtiges Zentrum für die schweizerische und die internationale Wissenschaft. Das soll, ja muss so bleiben. Die Universität Zürich, die ETH und die Fachhochschule Zürich (ZFH) spielen dabei eine zentrale Rolle. Weitere international angesehene Institutionen tragen zu unserem guten Ruf bei: das IBM-Forschungslabor, das Swiss Re Center, das Schweizerische Institut für Kunstgeschichte, das Schweizerische Sozialarchiv und viele andere mehr.

Im Zentrum steht der Lehrauftrag der Hochschulen, hier geht es um die Bildung und Ausbildung der Mitglieder der Wissensgesellschaft von morgen. Gleichzeitig sind die Hochschulen aber auch Zentrum der Forschung und der Weiterbildung. Bildungspolitisch setzen wir uns mit unseren kantonalen Institutionen ein: für eine wissenschaftliche Bildung und Weiterbildung von höchster Qualität; für wissenschaftliche Forschung, die sich weltweit messen kann, für den Wissenstransfer der Erkenntnisse in die Gesellschaft und die Volkswirtschaft, für eine Wissenschaft, die sich ihrer gesellschaftlichen Verantwortung bewusst ist.

Der Kanton Zürich fördert die Wissenschaften, tut dies aber nicht allein. Seit Jahren sprechen sich die Schweizer Universitätskantone untereinander und mit dem Bund (ETH) ab. Bei den Fachhochschulen ist die Koordination noch stärker, auch wegen der Führungsrolle des Bundes. Seit Juni 2005 gilt der neue Art. 63a der Bundesverfassung, der Bund und Kantone zur Hochschulkoordination verpflichtet und letztlich eine Zielsetzung Campus Schweiz verfolgt. Konkret werden Bund und Kantone verpflichtet, ihre Hochschulpolitiken zu koordinieren und im Rahmen der vierjährigen Kreditbotschaften so zu steuern, so dass Qualität und Effizienz gewährleistet sind. Ein erstes erfolgreiches Beispiel solcher Anstrengungen ist das Konkordat der Kantone Bern und Zürich zur Zusammenlegung der veterinärmedizinischen Fakultäten zu einer einzigen Vetsuisse-Fakultät, ein zweites ist das Projekt SystemsX, das eine intensive Zusammenarbeit der Universitäten Zürich und Basel mit der ETH Zürich im Bereich der so genannten „Systembiologie“ ermöglicht. Auch die Bologna-Reform (Einführung von Bachelor- und Masterstudiengängen) konnte nur dank der guten Zusammenarbeit erfolgreich durchgeführt werden. Weitere Projekte werden folgen, etwa durch den Aufbau von Graduiertenschulen.

Zürich ist auch Wirtschafts- und Kulturstandort. Die Nähe von Wissenschaft, Wirtschaft und Kultur halte ich für einen grossen Vorteil. Ich denke dabei an die Bereiche „Banken und Versicherungen“, aber auch an die „Gesundheit“, die mit dem Aufbau eines eigenen Departements an der Fachhochschule Winterthur (ZHW) wichtige Impulse für gesundheitspolitische Fragestellungen geben wird, oder an den Bereich „Kultur“, wo Ausbildung und Aufführung engstens verknüpft sind. Die Praxisorientierung der Fachhochschulen schafft hier neue Möglichkeiten. Sie werden die Erkenntnisse und Leistungen der Wissenschaft noch verstärkt aus dem Elfenbeinturm der Akademie in die Gesellschaft hinaus tragen. Darauf freue ich mich.

«galeriesichtbar», GZ Riesbach, Zürich, 5. Okt. bis 15. Dez. 06



ARBEITSLOSIGKEIT *sichtbar!*



Ausstellung zum Thema: Arbeitslosigkeit sichtbar!

“Arbeitslosigkeit sichtbar machen” (statt verstecken)

in der «galerie sichtbar» 5. Okt. bis 15. Dez. 06

“Wir wollen Arbeitslosigkeit aus der Sicht unserer Betroffenen sichtbar machen, denn wir sind der Meinung, Arbeitslosigkeit werde von der Gesellschaft immer noch nicht in ihrer ganzen dramatischen Tragweite erfasst. Wir glauben, dass Politik und Institutionen das Thema herunterspielen, verstecken, verdrängen, möglichst ‘unsichtbar’ machen – etwa indem sie relevante Gruppen von Stellensuchenden wie z.B. die Ausgesteuerten statistisch nicht erfassen und so ein geschöntes Bild erzeugen.

Wir über 200'000 Arbeitslose, Nichterfasste (nach Schätzungen ebenso viele) und Ausgesteuerte (jeden Monat kommen etwa 4'000 neue dazu) haben keine Lobby. Die politischen Parteien, Gewerkschaften und Fachverbände haben uns von der Agenda gestrichen. Wir werden nicht als Wähler umworben; unsere Anliegen sind kein Thema.

Wir erleben die wenig hilfreichen, aber kostspieligen Bemühungen von SECO (Staatssekretariat für Wirtschaft), AWA (Amt für Wirtschaft und Arbeit im Kanton), RAV (Regionale

Arbeitsvermittlungszentren im Kanton), EAM (Ergänzende Arbeitsmarktinstitutionen im Kanton), AMM (Arbeitsmarktliche Massnahmen von Bund und Kanton). Wir sind täglich damit konfrontiert, dass die fehlenden 250'000 Stellen auch bei guter Konjunktur nie mehr geschaffen werden. Auch macht uns Angst, wie die politische Rechte und die Arbeitgeber die Entsolidarisierung der Gesellschaft schamlos vorantreiben. Die ungerechte Verteilung von Arbeit und Besitz wird nun wieder als natürlicher gesellschaftlicher Zustand propagiert.

Wir richten den Blick auf Gesellschaft und Medien, wo ohne uns über uns diskutiert wird. Eine Vielzahl von Institutionen, die den Arbeitslosen ‘helfen’, erwecken den Eindruck, das Problem sei mit ihren Massnahmen lösbar; dabei verstellen sie den Blick auf die Erkenntnis der Notwendigkeit einer grundlegenden Kurskorrektur. Diese muss die Wirtschaft wieder in die Verantwortung nehmen, sie in die Lösung der Probleme einbinden und ihr vorgeben, wozu und für wen ihre Gewinne aus der

Produktivitätssteigerung der letzten zwanzig und der kommenden Jahre verwendet werden sollen.

Wir wollen informieren und vor allem dazu beitragen, dass etwas Bewegung in die kollektive Denkverweigerung und Tatenlosigkeit kommt.”

Das Projekt ist von einer Arbeitsgruppe in einem EAM-Beschäftigungsprogramm in Zürich im August 2005 konzipiert, aber nicht realisiert worden. Einige Teilnehmer haben nach Programmende bzw. nach ihrer Aussteuerung das Projekt weiterverfolgt und realisiert.

Die Ausstellung besteht aus 10 bis 15 jeweils zweiteiligen Thementafeln. Die eine Seite zeigt ein Porträt/Kurzprofil des oder der Betroffenen und stellt ein Thema, das dieser Person besonders wichtig ist, in eher theoretischer Form dar. Auf der anderen Seite wird dieses Thema auf persönliche Weise visuell-künstlerisch umgesetzt – eben “sichtbar” gemacht.

Gemeinschaftszentrum
Riesbach, Seefeldstrasse 93,
CH-8008 Zürich
Tel: 044 383 66 52,
Fax: 044 383 39 13
Mail: gz-riesbach@gz-zh.ch,
www.gz-zh.ch

Di / Mi	14-22 Uhr
Do / Fr	14-18 Uhr
Sa	10-13 Uhr

SP Abstimmungsempfehlungen für den 26. November 2006

Bund:

Ja zum Bundesgesetz über die Zusammenarbeit mit den Staaten Osteuropas

Ja zum Bundesgesetz über die Familienzulagen (Familienzulagengesetz, FamZG)

Kanton Zürich:

Nein zur Volksinitiative „Nur eine Fremdsprache an der Primarschule“

Stadt Zürich:

JA zum Objektkredit von 29,9 Millionen Franken für den Neubau des Leutschenparks

Impressum info SP 7'8

Informationsbulletin der Sozialdemokratischen Parteien Zürich 7 und 8
Homepage: www.sp7.ch

Auflage:

550 Exemplare

Verteiler:

Mitglieder und InteressentInnen der SP Zürich 7 und 8

Redaktion und Realisation

Martin J. Nobs
Neptunstrasse 57
8032 Zürich
Tel. 079 - 313 90 10
mailto:
martin.johann.nobs@bluewin.ch

Titelbild

Hans Oberholzer

Tagung Energiepolitik, Volkshaus, ab 9.15 Uhr

25. November 2006

Abstimmungswochenende

26. November 2006

Veranstaltung SP7 und SP8

Hochschulstandort Zürich, GZ Hottingen,
Gemeindestrasse 54, (siehe separate Einladung)

28. November 2006

6. Veranstaltung der SP zur Stadtentwicklung

Cabaret Voltaire, 20.00 Uhr, Spiegelgasse 1, 8001 Zürich

7. Dezember 2006

Chlaushöck SP 7 und 8 im Quartiertreff Hirslanden, ab 19 Uhr

8. Dezember 2006

Vorstandssitzung SP7 Restaurant Wilder Mann, 20 Uhr

12. Dezember 2006

Agenda